

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2016

hauptstadt magazin

Interview mit Berlins
Regierendem Bürgermeister:

**Das Umsteuern
ist deutlich zu
erkennen!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin





Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf bessere Zeiten für Berlins öffentlichen Dienst lässt das Interview mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller hoffen, das Titelthema dieser Ausgabe ist. Mehr Stellen, bessere Bezahlung und ein Ende der Doppelzuständigkeit von Innen- und Finanzressort für den öffentlichen Dienst stehen auf der Agenda.

Ob Müller diese Absichten in die Tat umsetzen kann, hängt natürlich auch vom Wahlausgang am 18. September ab, der über die Machtverteilung im Abgeordnetenhaus entscheidet. Damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch vor dem Urnengang wissen, was die gegenwärtig im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien für den öffentlichen Dienst im Köcher haben, hat der dbb berlin frühzeitig Wahlprüfsteine versandt. Die Antworten der Parteien werden in der Septemбераusgabe des hauptstadt magazins abgedruckt.

Damit die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus überhaupt ordnungsgemäß durchgeführt werden können, bedurfte es allerdings zunächst der unverzüglichen Unterstützung der Landeswahlleiterin, die in einem „Brandbrief“ Alarm geschlagen hatte.

Falschen Alarm hat demgegenüber die GEW bei ihrem Feldzug gegen den Tarifvertrag zur Lehrereingruppierung (TV EntgO-L) ausgelöst. Nachdem sie

schon beim VG Berlin mit dem Versuch abgeblitzt ist, die Aufhebung der dem Tarifvertrag vorangegangenen Lehrerrichtlinie zu verhindern, werden jetzt über die Berliner Zeitung unhaltbare Gerüchte über eine angebliche Schlechterstellung der Lehrer in sog. Willkommensklassen verbreitet.

Wichtige politische Gespräche aufgenommen, haben die dbb Bildungsgewerkschaften. Ausgerechnet die zuständige Senatsbildungsverwaltung zeigte allerdings kein Interesse.

Schließlich sei noch angemerkt: Die Gewerkschaftspower in Alt-Moabit wächst weiter. Seit 1. Juli ist mit ihrer Geschäftsstelle neu die DPVKOM dazugestoßen. Mit dem dbb berlin freuen sich die gkl berlin, die DPoIG und der BSBD.

Eine schöne Urlaubszeit oder eine möglichst entspannte sommerliche „Stallwache“

wünscht

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin



Interview mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller

Bezahlungsniveau möglichst schnell anpassen!

Gute Nachrichten für den öffentlichen Dienst aus dem Roten Rathaus: In einem Gespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden Frank Becker hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller nicht nur das Umsteuern in der Personalpolitik vom strikten Sparkurs zu aufgabengerechter Stellenvermehrung bekräftigt, sondern auch eine möglicherweise schnellere Angleichung des Besoldungsniveaus an das der anderen Bundesländer in Aussicht gestellt. Auch mit der Doppelzuständigkeit von Innen- und Finanzressort für den öffentlichen Dienst will Müller aufräumen. Ein großer Wermutstropfen bleibt allerdings: Die Lehrer will der Regierende nicht wieder verbeamteten, auch wenn Berlin damit allmählich allein auf weiter Flur steht. Das hauptstadt magazin gibt das Gespräch im Wortlaut wieder:

Becker: Bei der Bezahlung seiner Beamtinnen und Beamten steht Berlin bundesweit an allerletzter Stelle. Gleichzeitig ist die Personaldecke so dünn, dass an zusätzlichen Stellen, die Sie ja auch bereits angekündigt haben, kein Weg mehr vorbeiführt. Wie wollen Sie hoch qualifiziertes Personal bei den gegenwärtigen unzulänglichen Berliner Beschäftigungsbedingungen hinzugewinnen bzw. die Abwanderung gut ausgebildeter Anwärter ins nahe Brandenburg verhindern?

Müller: In regelmäßigen Schritten passen wir bereits die Bezahlung der Berliner Beamten an das Niveau in den anderen Bundesländern an. Wir stehen aber auch in Konkurrenz mit dem Bund und der privaten Wirtschaft, die beide besser zahlen. Einen schnellen Ausgleich dieser Differenzen lässt der Landeshaushalt nicht zu. Punkten müssen wir deshalb mit attraktiven Beschäftigungsbedingungen und den Vorteilen des Standorts Berlin.

Becker: Bei der diesjährigen Anpassung der Besoldung und Versorgung hat es erstmalig einen 0,5-prozentigen Zuschlag gegeben, der allmählich zur An-

gleichung des Berliner Bezahlungsniveaus an das der anderen Bundesländer führen soll. Halten Sie die Höhe dieses Anpassungszuschlags für ausreichend, um die Wettbewerbsfähigkeit Berlins gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wiederherzustellen? Und wie kann die künftige Gewährung des Zuschlags verlässlich sichergestellt werden?

Müller: Der 0,5-prozentige Anpassungszuschlag ist völlig unumstritten. Niemand in Berlin sieht das anders. Wir wollen vielmehr, dass die Angleichung nach Möglichkeit schneller vorankommt und dass aus dem halben Prozent beispielsweise ein ganzes wird. Versprechen kann ich das allerdings nicht. Aber auf das halbe Prozent Anpassungszuschlag können Sie sich verlassen.

Becker: Auch die Tarifbeschäftigten im Berliner öffentlichen Dienst erwarten eine faire Bezahlung. Der Wiedereintritt des Landes in die TdL ist dazu ein wichtiger Schritt gewesen. Wie wird Berlin sich jetzt innerhalb der TdL positionieren, um ein konkurrenzfähiges Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nächsten Tarifrunde sicherzustellen?

Müller: Die Rückkehr Berlins in die Tarifgemeinschaft der Länder war auf jeden Fall ein positiver Schritt. Zu Tariferhöhungen lässt sich gegenwärtig wenig Konkretes sagen. Zunächst bleiben die Sondierungen auf Länderebene abzuwarten. Für Berlin wird Finanzsenator Kollatz-Ahnen die Verhandlungen führen. Wir gehen davon aus, dass am Ende der Verhandlungen – wie schon in der Vergangenheit – ein fairer Kompromiss zwischen den Wünschen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und den Möglichkeiten der Arbeitgeber auf Länderebene stehen wird.

Becker: Politische Fehlentscheidungen, wie der in den vergangenen Jahren betriebene massive Personalabbau im öffentlichen Dienst, führen in ihren Folgewirkungen zu verständlichem Ärger bei den Bürgern, die nur noch ein eingeschränktes Leistungsangebot bei Behörden, an Schulen usw. vorfinden. Kritisiert wird dann aber nicht die Sparorgie der Politik, sondern der öffentliche Dienst. Ist es nicht höchste Zeit, dass den Bürgern von ihren gewählten Vertretern reiner Wein eingeschenkt wird und sie endlich klipp und klar erfahren, mit wie viel öffentlicher Leistung sie tatsächlich in absehbarer Zeit noch rechnen dürfen?

Müller: Der Personalabbau in der Vergangenheit war der Sondersituation geschuldet, in der sich Berlin nach der Wiedervereinigung befand: Zwei komplette Verwaltungen mussten zusammengeführt werden. Bei damals insgesamt 200.000 Beschäftigten war der öffentliche Dienst überbesetzt und der Personalabbau eine richtige Konsequenz. Gleichzeitig war Berlin gehalten, seine Finanzen nach Möglichkeit mit eigenen Mitteln in Ordnung zu bringen. Es konnte nicht dabei bleiben, dass jeder dritte Euro für Personal ausgegeben wird.

Allerdings will ich einräumen, dass nicht rechtzeitig umgesteuert und weiter Personal eingespart wurde, als die Stadt bereits wieder gewachsen ist und mehr Bürger mehr Leistung verlangten. Seit eineinhalb Jahren haben wir aber umgesteuert und viele zu-



Friedhelm Windmüller



Friedhelm Windmüller

sätzliche Stellen geschaffen. Und das werden wir so fortsetzen.

Becker: Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass Berlin über keinerlei personelle Ressourcen für zusätzliche Aufgaben verfügt. Folglich werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Sonderaufgaben aus funktionierenden Verwaltungsabläufen herausgerissen, die ihrerseits dann ins Stottern und damit in die Kritik der Öffentlichkeit geraten. Wie wird verhindert, dass sich der kaputtgesparte öffentliche Dienst in ähnlichen Fällen wieder in dieser „Sündenbockrolle“ findet?

Müller: Einen personellen Puffer für Sonderaufgaben können wir nicht vorhalten. Sonderaufgaben machen Sonderwege notwendig. Vorwürfen ist die Politik in derartigen Fällen genauso ausgesetzt wie der öffentliche Dienst. Unberechtigter Kritik sollte man am besten gemeinsam entgegentreten, und das tun wir auch.

Becker: Die Berliner Schulen, die ohnedies unter akutem Lehrermangel leiden, verlieren ungebremst weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das nahe Brandenburg, das vor allem mit Verbeamtung lockt. Werden Sie dieser Abwanderungsbewegung jetzt die Wiederverbeamtung der Berliner Lehrer entgegensetzen, mit der auch Querelen und zusätzlicher Unterrichtsausfall durch Streiks aus der Welt geschafft wären?

Müller: Da kann ich Ihnen keine großen Hoffnungen machen. Wir halten in Berlin an dem Grundsatz fest, nur noch in zwingend hoheitlichen Bereichen zu verbeamten, um unsere Personalkosten überblicken zu können. Wir wollen nicht in späteren Zeiten mit hohen Pensionskosten konfrontiert werden, mit Kosten, die wir den kommenden Generationen überlassen. Eine ernst zu nehmende Initiative aus der Berliner Politik in Richtung Lehrerverbeamtung hat es bislang auch noch nicht gegeben. Mittlerweile ist ein Drittel unserer Lehrkräfte nicht verbeamtet, und bei der

Personalgewinnung setzen wir auf sehr attraktive Einstiegsgehälter wie zum Beispiel 5.000 Euro für Lehrer an Oberschulen.

Becker: Mit der Absicht, die Doppelzuständigkeit von Innen- und Finanzressort für den öffentlichen Dienst aufzugeben, entsprechen Sie einer alten Forderung des dbb berlin. Allerdings ist für uns nicht nachvollziehbar, warum das überwiegend von monetären Erwägungen geleitete Finanzressort am besten für diese Aufgabe geeignet sein soll. Einseitige fiskalpolitische Überlegungen haben schließlich den öffentlichen Dienst in seine gegenwärtige missliche Lage gebracht. Warum wird dem Innenressort, das sehr viel näher an den praktischen Bedürfnissen der Verwaltung steht, nicht der Vorzug gegeben?

Müller: In beiden Ressorts liegen zurzeit Kompetenzen, was nach den Erfahrungen in dieser Legislaturperiode zu erheblichen Reibungsverlusten führt. Am wichtigsten ist es deshalb, dass die Zuständigkeit in einem der genannten Querschnittsressorts zusammengeführt wird. Ob Inneres oder Finanzen kann man so oder so sehen. Ich persönlich plädiere für Finanzen, weil es das Ressort ist, in dem alle Informationen zusammenlaufen und das in ständigem Dialog mit allen Senatsverwaltungen und dem Parlament steht.

Becker: Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes fehlt es an Wertschätzung sowohl von der Politik als auch von der Öffentlichkeit. Nicht nur, dass sie für „allen Sand im Getriebe“ des öffentlichen Dienstes verantwortlich gemacht werden, auch Umgangssprachlich wird mit ihnen wenig einfühlsam umgegangen. Wenn jetzt z. B. von der

„Gewinnung besseren Personals“ die Rede ist, hat das natürlich ein „Gschmäcke“ für die jetzigen Mitarbeiter, die ja nach dieser Wortwahl offenbar nicht genügen. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Politik, eine Wertschätzungskultur gegenüber dem öffentlichen Dienst aufzubauen?

Müller: Ich denke, es wurde nicht von „besserem“ Personal gesprochen, wohl aber von „qualifizierterem“. Wenn Berlin zur „digitalen Hauptstadt“ werden soll, müssen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Arbeitssituation entsprechend qualifizieren. Qualifizierungsangebote wird es geben und sie werden sicher auch angenommen werden. Der Digitalisierungsprozess kostet viel Geld und wird auch nicht in ein bis zwei Jahren abgeschlossen sein. Hier gilt es auch, über den Tellerrand hinauszuschauen und – etwa in Austauschprogrammen mit Partnerstädten – deren Problemlösungen zu studieren.

Becker: Gibt es noch etwas, dass Sie den Angehörigen des öffentlichen Dienstes mit auf den Weg geben wollen?

Müller: Ich möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten, sich bei der Beurteilung der Personalpolitik an dem zu orientieren, was in den letzten anderthalb Jahren bereits geschehen ist. Das Umsteuern ist deutlich zu erkennen. Wir haben 4.000 neue Stellen geschaffen allein in der Hauptverwaltung und rund 1.200 in den Bezirken. Nach langen Jahren des Abbaus geht es jetzt verlässlich in eine andere Richtung.

Becker: Vielen Dank für das Gespräch.



Michael Müller (rechts) mit Frank Becker

Friedhelm Windmüller

dbb berlin verschickt Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl

Parteien sollen Farbe bekennen

Rechtzeitig vor der am 18. September anstehenden Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses sollen die Berliner Parteien Farbe bekennen, wie ihre Politik gegenüber dem öffentlichen Dienst künftig aussehen soll. Mit zwölf Wahlprüfsteinen hat der dbb berlin deshalb bei SPD, CDU, Grünen und Die Linke abgefragt, wie sie brennende Probleme des öffentlichen Dienstes in der nächsten Legislaturperiode angehen bzw. lösen wollen. Die Antworten erwartet der dbb berlin so frühzeitig, dass sie noch vor der Wahl in der Septemberausgabe des hauptstadt magazins veröffentlicht werden können.

Die versandten Wahlprüfsteine lauten:

1. Das Recht des öffentlichen Dienstes ist nach dem Grundgesetz unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.

Wie will Ihre Partei diesem Verfassungsauftrag, insbesondere der Fortentwicklung des Berufsbeamtentums, künftig Rechnung tragen?

2. Die Anpassung der Besoldung und Versorgung ist in Berlin über Jahre hinweg in sträflicher Weise dem Gutdünken der Haushaltspolitik überlassen geblieben. Mittlerweile hat aber sogar das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung die enge Verknüpfung zwischen Tarifanpassungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einerseits und den Anpassungen von Beamtenbesoldung und -versorgung andererseits bestätigt.

Sieht sich Ihre Partei in der Pflicht, diesem Grundsatz uneingeschränkt zu folgen und verlässlich für eine dem Tarifergebnis entsprechende wirkungsgleiche Erhöhung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger zu sorgen?

3. Das Land Berlin trägt bei der Beamtenbesoldung die rote Laterne, und die negativen Folgen der einseitigen Sparpolitik für die Personalentwicklung treten immer deutlicher zutage. Zu einer Angleichung an die Bezahlung in den anderen Bundesländern enthält die Besoldungserhöhung 2016 die außerordentlich bescheidene zusätzliche Aufstockung um 0,5 Prozent.

Halten Sie diese „Angleichung im Schnecken-tempo“ für ausreichend bzw. um welchen Prozentsatz beabsichtigt Ihre Partei die Besoldung in den nächsten Jahren zusätzlich zum abgeschlossenen Tarifergebnis zu erhöhen, um Berlin wieder wettbewerbsfähig mit den anderen Bundesländer zu machen?

4. Auch die Tarifbeschäftigten im Landesdienst, die in immer größerer Zahl im dbb berlin organisiert sind, erwarten selbstverständlich eine faire und auskömmliche Bezahlung durch den öffentlichen Arbeitgeber.

Wie wird Ihre Partei ein konkurrenzfähiges Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nächsten Tarifrunde sicherstellen?

5. In Berlin ist die Personaldecke des öffentlichen Dienstes an sehr vielen Stellen geradezu fahrlässig auf Kante genäht. Die wachsende Stadt und neue Aufgabenstellungen erfordern über die bereits beschlossenen zusätzlichen Stellen hinaus weiteres, gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Der demografische Wandel erschwert dabei die Nachwuchsgewinnung.

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei, um den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger attraktiver zu machen bzw. die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zu forcieren? Und welche Sofortmaßnahmen müssen aus Ihrer Sicht zur Entlastung des gegenwärtigen, überlasteten Personals ergriffen werden?

6. Immer häufiger sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere in Aufgabenbereichen mit Publikumsverkehr, Gewalt in den unterschiedlichsten Formen ausgesetzt. Beschimpfungen, Bedrohungen oder auch körperlicher Gewalt sind leider keine Seltenheit mehr.

Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz vor derartigen Übergriffen wird Ihre Partei etablieren? Wie sollen Gewalttaten gegenüber öffentlichem Personal künftig geahndet werden?

7. Der öffentliche Dienst ist unterbesetzt und überaltert. Um das vorhandene Personal motiviert und leistungsfähig zu erhalten, wird betriebliches/behördliches Gesundheitsmanagement immer wichtiger. Trotzdem werden entsprechende Konzepte

bislang – offenbar unter dem vorherrschenden Gesichtspunkt der Kostenneutralität – nur sehr stockend oder gar nicht umgesetzt.

Teilen Sie diese Auffassung? Welche Ideen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsplätze und zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements haben Sie für den öffentlichen Dienst?

8. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein Kernthema in der modernen Gesellschaft.

Welche Einzelmaßnahmen will Ihre Partei zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst vorrangig realisiert sehen?

9. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die allzu oft als Prügelnaben für politische Fehlentscheidungen herhalten müssen, fehlt es an Wertschätzung für ihre Arbeit, und zwar sowohl von der Politik als auch der Öffentlichkeit.

Worin kann sich die Wertschätzung für die Beschäftigten Ihrer Ansicht nach ausdrücken? Und welche Möglichkeiten hat die Politik, eine Wertschätzungskultur gegenüber dem öffentlichen Dienst aufzubauen?

10. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wird in schönster Regelmäßigkeit als Forderung erhoben, obwohl die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Private die Aufgaben nicht unbedingt preiswerter, stattdessen aber schlechter durchführen.

Welche Aufgaben müssen in Ihren Augen weiter vom öffentlichen Dienst wahrgenommen werden? Wo sehen Sie Möglichkeiten, Aufgaben an externe Firmen zu übertragen?

11. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) hat die Aufgabe, den Investitions-/Sanierungsbedarf auch für den öffentlichen Dienst unter Einbeziehung des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung Berlin (LfG) zu organisieren und durchzuführen. Die speziellen Anforderungen der Dienststellen bleiben dabei nicht selten auf der Strecke. Ferner ist bei BIM und LfG trotz des erheblichen Investitionsbedarfs ein Sanierungsstau festzustellen.

Wie hoch schätzen Sie den notwendigen Investitionsbedarf des öffentlichen Dienstes in Berlin für Immobilien, Technik und Gebäude ein? Wie kann die Arbeit zwischen der BIM und den Nutzern (Behörden) besser organisiert werden? Und wer wird ab 2020 die Aufgaben des LfG übernehmen?

12. Lehrer wandern zum großen Nachteil der Berliner Schulen in großer Zahl aus dem Land Berlin in andere Bundesländer ab. Hauptursachen der Abwanderungen sind die schlechte Bezahlung in Berlin und die Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer in Berlin nicht mehr verbeamtet werden.

Wird Ihre Partei sich für die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einsetzen, die unabhängig von allen funktionalen Erwägungen ein Gebot der Stunde ist, um ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal rekrutieren zu können? ■

Wiedereinführung der Jubiläumsszulage

Dank aus dem Abgeordnetenhaus

Dank und Anerkennung zählen bekanntlich eher zu den Raritäten des Gewerkschaftslebens. Umso bemerkenswerter, wenn die lobenden Worte, wie am 9. Juni 2016, aus dem Berliner Abgeordnetenhaus kommen. Wörtlich führte Robbin Juhnke MdB (CDU) an diesem Tag zur Wiedereinführung der Jubiläumsszulage im Plenum aus:

„Das ist eine Anregung des Deutschen Beamtenbundes gewesen, die wir nun in Politik umsetzen. Vielen Dank noch einmal für diese Anregung! Wir

freuen uns, dass es endlich wieder auch für die Berliner Beamten eine Anerkennung ihrer langjährigen Tätigkeit gibt. Die Regelung wird rückwirkend zum 1. Januar eingeführt. Es entstehen also keine unbilligen Härten dadurch, dass es einen zufälligen Beschlussstag gibt, nein, das gilt ab dem 1. Januar.“



VG Berlin

Aufhebung der Lehrerrichtlinie kein Mitbestimmungstatbestand

Dem Rundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen – IV Nr. 39/2015 –, wonach die Anwendung des TV EntgO-L durch die Aufnahme von Verweisklauseln in den Arbeitsverträgen sämtlicher angestellter Lehrkräfte sichergestellt wird, musste keine Mitbestimmung des Personalrats vorgehen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 10. Juni 2016 unter Hinweis auf die Tarifbindung des Landes Berlin als Arbeitgeber entschieden.

Eine Mitbestimmung bei der Lohngestaltung entfällt vollständig, entschieden die Richter, wenn der in der Dienststelle anzuwendende Tarifvertrag alle Entgeltfragen vollständig und erschöpfend regelt. Bei der betrieblichen Lohngestaltung führe dies zur Verpflichtung des Arbeitgebers, das tarifliche Entlohnungssystem auch gegenüber nicht tarifge-

bundenen Arbeitnehmern anzuwenden. Die Verpflichtung, die tarifliche Vergütungsordnung im Betrieb anzuwenden, korrespondiere mit dem Ausschluss des Mitbestimmungsrechts. Diesen rechtlichen Vorgaben sei das Land Berlin (Senatsverwaltung für Finanzen) durch sein Rundschreiben nachgekommen.

Zugrunde liegt dem Urteil ein Antrag des Hauptpersonalrats, der sein Mitbestimmungsrecht nach § 85 Abs. 1 Nr. 10 PersVG Berlin bei der Bekanntgabe des TVEntgO-L vom 28. März 2015 und die Aufhebung der LehrerRL durch das Rundschreiben der Senatsverwaltung verletzt sah.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist noch nicht rechtskräftig.

Lehrer in Willkommensklassen

Vorsicht vor Falschmeldungen!

Sand in die Augen streut die GEW Berlin – zumindest nach einem Bericht der Berliner Zeitung vom 28. Juni 2016 – jetzt den Betroffenen und der Öffentlichkeit über die Bezahlung der Lehrkräfte in Berliner Willkommensklassen. Angeblich gingen diesen durch Neuverträge künftig hundert Euro Monatsentgelt wegen des Tarifvertrags zur Lehrereingruppierung verloren. Der dbb, der den Tarifvertrag abgeschlossen hat, stellt klar: Die Meldung ist falsch!

So ist die Bezahlung der Beschäftigten mit Studium in „Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache“ in Willkommensklassen bislang überhaupt nicht nach dem LehrkräfteTarifvertrag möglich, weil der TV EntgO-L Lehrkräfte erfasst, die an Schulen „in mindestens einem Schulfach“ unterrichten. „Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache“ ist das aber nicht. Deshalb fiel dieser Personenkreis auch schon nicht unter den zum 1. August 2015 abgelösten Berliner Eingruppie-

rungserlass. Eine „Verschlechterung“ ist insofern mangels Vergleichbarkeit von Eingruppierungsregelungen „alt“ und „neu“ schlicht nicht möglich.

Richtig ist dagegen, dass die Senatsverwaltung prüft, die bislang unregulierten Eingruppierungen dem TV EntgO-L unterzuordnen: Bei entsprechender Anwendung der Eingruppierungsregelungen in Abschnitt 2 EntgO-L ergäbe das eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 10 mit Perspektive auf die Entgeltgruppe 11 (Angleichungszulage ab August 2016) für den geeigneten Masterabsolventen sowie für den Bachelorgrad die Entgeltgruppe 10. Gesetzt den Fall, das Land Berlin hätte schon vor Inkrafttreten des TV EntgO-L Beschäftigte für Willkommensklassen eingestellt und nach dem alten Erlass behandelt, wäre im Grundschulbereich sowohl mit Master- wie auch mit Bachelorabschluss maximal in die Entgeltgruppe 10 eingestellt worden. Die neue Eingruppierung wäre also vorteilhafter.

Abgesehen davon ist grundsätzlich anzumerken, dass die Ablösung der bisherigen Richtlinien und Ländererlasse zur Lehrereingruppierung mit individuellem Bestandsschutz erfolgt ist, d. h., Veränderungen setzen einen Antrag der übergeleiteten Lehrkraft voraus. Antragsgegenstand können nach dem TV EntgO-L ausschließlich Verbesserungen sein. Insbesondere eine niedrigere als die bisherige Eingruppierung ist für die Dauer der über den 31. Juli 2015 hinaus unveränderten Tätigkeit, auch im Fall einer Anschlussbefristung, ausgeschlossen.



Gut gelaunte Trambahnfahrer

dbb berlin

Jugend startete zweite Trambahnfahrt

Zu ihrer zweiten Tramfahrt, die vier Stunden durch Berlin führte, sind junge Kolleginnen und Kollegen aus der ddb berlin-Familie am 18. Juni 2015 aufgebrochen. Begleitet war die Fahrt von den besten Wünschen des ddb Landeschefs Frank Becker, dem die Veranstaltung ganz besonders am Herzen lag, weil in Kürze die Neugründung der ddb jugend berlin geplant ist, die dann den jugendpolitischen Ausschuss ablösen soll.

Der Sachverstand und die Ideen junger Beschäftigter aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind deshalb ganz besonders gefragt.

„Mir jedenfalls ist nicht bange um den Nachwuchs innerhalb des ddb berlin“, konnte Becker am Ende der Fahrt erfreut feststellen, bei der neben dem gewerkschaftspolitischen Austausch natürlich auch der Spaßfaktor eine wichtige Rolle spielte. Wie schon im letzten Jahr wurden neue Bekanntschaften und Freundschaften innerhalb der ddb Gewerk-

schaften geschlossen, die sich immer wieder als besonders tragfähiges Fundament für die weitere Zusammenarbeit und gegenseitige Solidarität erweisen.

Besonderer Dank gilt dem Kollegen Fabian Lubin, Bundesvorsitzender der DPVKOM-Jugend, der die Organisation dieser Veranstaltung sehr engagiert übernommen hatte. Auch bei den Sponsoren DBV AXA und BSW bedankt sich der ddb berlin für deren Unterstützung dieser Tramfahrt. ■

Wahlen in Berlin akut gefährdet?

ddb berlin erwartet sofortige Unterstützung für Landeswahlleiterin

„Der ddb berlin erwartet von der Politik die unverzügliche Unterstützung für die Landeswahlleiterin, damit die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ordnungsgemäß vorbereitet und durchgeführt werden können“, hat der Landesvorsitzende des ddb berlin, Frank Becker, nach dem „Brandbrief“ von Landeswahlleiterin Petra Michaelis-Merzbach gefordert, wonach die im September anstehenden Wahlen gefährdet sind.

„Vielleicht muss es erst einmal so richtig knallen, damit alle politisch Verantwortlichen aufwachen und feststellen, dass es ein großer Fehler war, den öffentlichen Dienst in Berlin derartig kaputtzusparen. Dieser Fehler kann nun einmal nicht von heute auf morgen behoben werden. Auch wenn das Land Berlin wieder partiell vermehrt Personal einstellen will, müssen diese Kolleginnen und Kollegen schließlich erst einmal ausgebildet werden“, so Becker weiter.

„Der ddb beamtenbund und tarifunion berlin ist über den Brandbrief der Landeswahlleiterin nicht sonderlich erstaunt. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren zusätzliches Personal und eine moderne technische Ausstattung für die Berliner Verwaltung gefordert! Es knirscht doch schon seit langer Zeit überall. In diesem Zusammenhang gefährdet insbesondere die prekäre Situation in den Bürgerämtern, die unter anderem zum ‚Meldestauf‘ führt, eine rechtzeitige und somit zur ordnungsgemäße Eintragung von Wahlberechtigten in die Wahlverzeichnisse. Um die Rechtmäßigkeit der Wahlen muss – unter diesen Umständen – zu Recht gefürchtet werden“, so Becker abschließend.

Landeswahlleiterin Michaelis-Merzbach hatte in einem zweiseitigen Brief zahlreiche Probleme mit einer neuen Melde- und Wahlsoftware geschildert.

Berliner Zeitung meldet Entwarnung

Nach einer Meldung der Berliner Zeitung vom 8. Juli 2016 ist die problematische Software für die Berliner Abgeordnetenhauswahl nach einem Update jetzt nach Einschätzung der Verwaltung einsatzfähig. ■

Gespräche mit CDU und Bündnis 90/Die Grünen

dbb Bildungsgewerkschaften führen konstruktive Dialoge

Sehr angeregte und offene Diskussionen führten die dbb Bildungsgewerkschaften am 9. Mai 2016 mit Stefanie Remlinger (Bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen) im Berliner Abgeordnetenhaus und mit Hildegard Bentele (Bildungspolitische Sprecherin der CDU) am 31. Mai 2016 in der dbb Geschäftsstelle. Beide Gesprächspartnerinnen nahmen die Sorgen der Beschäftigten interessiert auf und verwiesen ihrerseits auf die Aktivitäten ihrer Parteien.

Erfreut zeigten sich die Vertreter der dbb Bildungsgewerkschaften über die Forderung der CDU nach Verbeamtung der Lehrkräfte. Aber auch Bündnis 90/Die Grünen haben die Zeichen der Zeit erkannt und lehnen die Verbeamtung der Lehrer mit Blick auf die Konkurrenzsituation zu den anderen Bundesländern nicht ab.

Im Einzelnen wurden bei den Gesprächen erörtert: Die Attraktivität des Lehrerberufs (u. a. Arbeitszeit, Verbeamtung, Besoldung), die Personalentwicklung (u. a. Funktionsstellen, Laufbahn, funktionale Entlassungen, Einsatz von Quereinsteigern und Studienräte an Grundschulen), die Lehrkräftebildung (Ausbildung, Referendariat, Berufseinstieg, Fortbildung und Weiterbildung), das Lehrer-Schüler-Verhältnis (z. B. Klassenfrequenzen), die Diagnostik für Kinder mit Förderbedarf, die Islamrichtlinien für Unterricht an der Grundschule, die Bildung im Kita- und Hortbereich sowie Probleme mit den Schulbauten (Schulraumbedarf, Instandhaltung und Neubau).

Keine Gesprächsbereitschaft bei der Senatsbildungsverwaltung

Während in den Gesprächen mit CDU und Bündnis 90/Die Grünen konstruktiv und aufgeschlossen

diskutiert wurde, hat sich die politische Spitze der Senatsbildungsverwaltung jeglichem Dialog entzogen. Bei der SPD fand schließlich nach langen Bemühungen und nach Intervention bei der Fraktionsspitze ein Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher Lars Oberg statt, das allerdings einen erschreckenden Mangel an Kritikfähigkeit der Partei offenbarte, die seit vielen Jahren die Senatsbildungsverwaltung führt. Denn für die Defizite der Bildungspolitik werden offenbar andere verantwortlich gemacht. Genannt seien beispielhaft Lehrkräftemangel, unbesetzte Funktionsstellen an den Schulen (z. B. Schulleiter), Sanierungsstau von mehreren Milliarden Euro und Überbelastung des pädagogischen Personals. Diese Probleme sind nicht neu. Ein Wechsel in der Führung der Senatsbildungsverwaltung scheint notwendig.

Noch eine Randbemerkung zu Lars Oberg: Während er sich als „mittlerweile verbeamtet“ auf seiner Homepage präsentiert, lehnt er die Verbeamtung der Lehrkräfte grundsätzlich ab.

Nach den Sommerferien ist die Fortsetzung der Gesprächsreihe geplant.

Ferdinand Horbat

Immer noch 40.000 Anfragen im Jahr an die Deutsche Dienststelle (WASt)

Eine Behörde klärt Kriegsschicksale

„Was hat mein Großvater während des Krieges erlebt? Wo war er eingesetzt? Wurde er verwundet? Wie lange war er im Kriegseinsatz? Ist er in Kriegsgefangenschaft geraten?“ Das sind typische Anfragen, die private Antragsteller über die militärische Dienstzeit ihrer Familienangehörigen während des Zweiten Weltkrieges an die Deutsche Dienststelle (WASt), die Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene, richten. Auch über 70 Jahre nach Kriegsende sind die Auskünfte dieser Dienststelle noch sehr gefragt.

Ein kurzer „Rundgang“ durch die WASt vermittelt am schnellsten einen Eindruck von ihrer Arbeit.

„Herzstück“ Zentralkartei

Erste Anlaufstelle und Herzstück der Behörde ist die Zentralkartei mit über 18 Millionen namentlichen, alphabetisch geordneten Karteikarten. Diese Kartei ist das umfassendste zentrale Nachschlagewerk für Militär-Personal-Nachweise aus dem Zweiten Weltkrieg. Angelegt wurden die Karten schon während des Krieges, sobald von der Truppe eine Verlustmeldung (d. h. Verwundung, Erkrankung, Sterbe- oder Vermisstfall) einging. Heute werden die Karten zu Auskünften herangezogen und ggf. ergänzt. Mit ihrer Hilfe gelang es beispielsweise, Mutter und Tochter nach jahrzehntelanger Trennung wieder zusammenzuführen.

Nächste Station des Rundgangs ist der Bereich Erkennungsmarkenverzeichnis und Verlustmeldungen. Diese ca. 150 Millionen Datensätze umfassenden, zu meist in Listenform erstellten Unterlagen sind – sortiert nach Truppenteilen – in langen Regalreihen in mehreren großen Sälen untergebracht. In diesen Listen sind die Erstausgaben der Erkennungsmarken, Versetzungen, Heimatanschriften usw. erfasst. Verlustmeldungen geben Auskunft über Tag, Ort und Art des Verlustes, bei Gefallenen in vielen Fällen auch über die Grablage.

Enge Zusammenarbeit mit dem VDK

In der dritten Station werden Kriegsgräberangelegenheiten bearbeitet. Bei Soldatengräbern auf dem Gebiet der Bundesrepublik geht es hier um ihre korrekte Erfassung und Bearbeitung gemäß den Regelungen des Gräbergesetzes. Bei ausländischen Grabstätten hingegen arbeitet die WASt dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) zu, der im Auftrag der Bundesregierung u. a. in Osteuropa Kriegsgräberstätten für gefallene deutsche Soldaten auf der Basis bilateraler Abkommen errichtet. So werden pro Jahr allein auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR immer

noch bis zu 30.000 deutsche Soldaten auf Sammelfriedhöfen bestattet. Vorher teilt die Deutsche Dienststelle dem VDK die relevanten Grab- und Verlustmeldungen zwecks Lokalisierung der Grablagen mit. Im Gegenzug erhält die WASt nach erfolgter Umbettung aufgefundene Nachlassgegenstände, um Identitätsklärungen mithilfe ihrer Unterlagen vorzunehmen, Familienangehörige zu benachrichtigen und ggf. die amtliche Kriegssterbefallanzeige zu erstatten. Im vergangenen Jahr war eine Klärung in rund 600 Fällen möglich.

Bewegende Nachlässe

Besonders bewegend ist der Einblick in den Fundus der Nachlassbearbeitung der Deutschen Dienststelle, die immerhin noch etwa zehnmal im Monat Eheringe, Medaillons und ähnliche Erinnerungsstücke von gefallenen Soldaten an deren Familienangehörige übergeben kann. Vorausgegangen sind oft aufwendige Recherchen im In- und Ausland. Eine Mühe, die lohnt, wie die regelmäßig bei der Dienststelle eingehenden, zum Teil sehr ergreifenden Dankesbriefe unterstreichen.

15 Millionen Dokumente über Kriegsgefangene

In den Dachräumen der Dienststelle reihen sich endlos Regale mit nahezu 15 Millionen Unterlagen über deutsche Kriegsgefangene in westalliiertem Gewahrsam aneinander. Oft handelt es sich nur um wenige Blätter, über andere Soldaten existieren komplette Akten mit Fotos und Fingerabdrücken. Diese Dokumente geben Aufschluss über Details von Kriegsgefangenschaften in westlichem Gewahrsam, schwerpunktmäßig der USA, Großbritannien und Frankreich.

In einem weiteren Gebäude lagert der kaum fassbare Bestand von über 1,5 Millionen Akten, die Personalunterlagen und erhaltenes Schriftgut der ehemaligen deutschen Marine, ihrer angegliederten Einrichtungen und des deutschen Minenräumdienstes enthalten.

Verbleib und Schicksalsklärung

Weitere wichtige Tätigkeitsfelder der Deutschen Dienststelle sind Schicksalsklärungen und Verbleibsangelegenheiten. Dazu muss man wissen, dass auch heute noch nahezu eine Million deutsche Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg vermisst werden. Das Bedürfnis der Familienangehörigen nach Klärung dieser Einzelschicksale ist ungebrochen, wie die hohe Zahl entsprechender Anfragen belegt. Allein im Jahr 2015 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WAST über 19.000 Personenüberprüfungen in Verbleibsangelegenheiten vorgenommen.

Zu den originären Aufgaben der Deutschen Dienststelle gehören auch Recherchen und Auskünfte, die der Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen durch in- und ausländische Ermittlungsbehörden dienen. So finden die Beiträge der Dienststelle regelmäßig Eingang in die Ermittlungsverfahren der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. 2015 hat die Dienststelle dazu über 1.100 personenbezogene Überprüfungen und Auswertungen vorgenommen.

Kriegskinder suchen ihre Väter

Noch immer suchen viele „Kriegskinder“ ihre leiblichen Väter, die Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht waren. Allein in Frankreich wird von etwa 200.000 Betroffenen ausgegangen. Die Zahl der Besatzungskinder in den Niederlanden schätzen Experten auf etwa 16.000, in Dänemark und Norwegen wird von jeweils ca. 12.000 ausgegangen. In diesen Ländern ist das Thema erst in jüngster Zeit durch Buchveröffentlichungen, Dokumentarfilme usw. enttabuisiert worden. Im vergangenen Jahr wurden von der Dienststelle rund 300 Anfragen sogenannter „Kriegskinder“, die noch immer ihren leiblichen Vater suchen, beantwortet.

Am Ende des Rundgangs seien noch weitere Datenbestände wie z. B. ca. fünf Millionen Wehrstammbücher, Wehrpässe, Soldbücher, Führungsbücher u. a. erwähnt.

Lange Geschichte der WAST

Die Deutsche Dienststelle (WAST) hat eine lange Geschichte. Ihre Gründung geht auf die Genfer Konvention von 1929 zurück, wonach jeder kriegführende Staat bei Beginn von Feindseligkeiten amtliche Auskunftstellen über die auf seinem Gebiet befindlichen Kriegsgefangenen einzurichten hat. Im Zweiten Weltkrieg wurden Meldungen über Kriegsgefangene über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf (IKRK) den jeweiligen Schutzmächten übersandt. Darüber hinaus hatte die Wehrmachtauskunftsstelle, die Vorgängerorganisation der Deut-

schen Dienststelle, die Aufgabe, die eigenen Verluste zu registrieren, Angehörige der betroffenen Soldaten zu benachrichtigen und Kriegssterbefallanzeigen zu erstatten.

Nach Kriegsende beauftragte der Alliierte Kontrollrat die Dienststelle unter dem neuen Namen Deutsche Dienststelle (WAST) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (eine wörtliche Übersetzung aus dem Amerikanischen) ihre Arbeiten fortzusetzen. Mittlerweile wird die WAST aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin als Berliner Landesbehörde geführt und ist dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) zugeordnet. Da die WAST Bundesaufgaben erfüllt, werden ihre Haushaltsmittel in voller Höhe vom Bund erstattet. Seit 2012 erfolgt die Erstattung aus dem Haushaltsplan der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Stütze der Erinnerungskultur

Die Deutsche Dienststelle (WAST) arbeitet übrigens nicht nur die Folgen des Krieges ab, sondern sie dient auch als Stütze der heutigen Erinnerungskultur. Auf der Webseite www.dd-wast.de finden sich noch weitergehendere Informationen über Geschichte, Aufgaben und Unterlagen der WAST.

*Wolfgang Remmers, Claudia Schmidt,
Birgit Wulf und Hans-Hermann Söchtig*

Hinweise zur Antragstellung:

Voraussetzungen: Vorliegen einer Vollmacht des Betroffenen, ist dieser bereits verstorben, eine Vollmacht des nächsten lebenden Angehörigen.

Verfahrensablauf: Anträge können per Post, Fax oder über die Webseite <https://www.dd-wast.de> mit Angabe einer vollständigen Absenderanschrift übermittelt werden.

Erforderliche Unterlagen bzw. Angaben: Es werden Name, Vorname und Anschrift des Antragstellers, der Grund der Anfrage, das Verhältnis zum Betroffenen sowie möglichst dessen vollständige Personalien benötigt.

Kosten: Gemäß Verwaltungsgebührenordnung des Landes Berlin werden dem Antragsteller in der Regel 8 Euro pro Seitenauskunft in Rechnung gestellt (Kopie: 0,50 Euro)

Hinweis: Personenbezogene Auskünfte werden aus datenschutzrechtlichen Gründen ausschließlich auf dem Postweg versandt.



Politprominenz am dbb Infostand:
Michael Müller (Zweiter von links)



Matthias Kollatz-Ahnen (links)



Dilek Kolat (rechts)

dbb berlin traditionell beim Motzstrassenfest

Nicht nur Politikprominenz am Infostand

Als Tradition gilt in Berlin bereits, wenn ein Ereignis sich mehr als zweimal wiederholt. Der dbb berlin, der am 16. und 17. Juli 2016 mit seinen Fachgewerkschaften schon zum vierten Mal beim Lesbisch-Schwulen-Strassenfest rund um den Nollendorfplatz mit einem Infostand vertreten war, hat diese Hürde längst genommen und darf sich zu den traditionellen Teilnehmern zählen. Immer länger wird dabei die Liste der Fachgewerkschaften, die neben dem dbb berlin auf der Veranstaltung informieren. Für eine Rekordbeteiligung sorgten in diesem Jahr die gkl berlin, der BSBD Berlin, die DSTG Berlin, die DPoIG Berlin, der Regionalverband Ost der DPVKOM, die DJG Berlin und der Landesverband Berlin des DBSH.

„Ich freue mich, dass auch innerhalb des dbb berlin Interesse besteht, über gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu informieren. Dies zeigt schon die in diesem Jahr nochmals gewachsene Zahl der Fachgewerkschaften, die sich am gemeinsamen Infostand beteiligen. Ich bedanke mich im Namen des dbb berlin bei allen, die tatkräftig mithelfen und wünsche uns ein friedliches, informatives und unterhaltsames Wochenende“, begrüßte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, die Helferinnen und Helfer zu Beginn des Motzstraßenfestes.

dbb Infos sehr gefragt

Bei den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern des dbb Infostands stießen insbesondere der Flyer „Lebenspartnerschaften im Steuerrecht“ und das aktuelle hauptstadt magazin – u. a. mit einem Beitrag über die kritische Situation in den Bürgerämtern – auf großes Interesse.

Politischer Austausch

Auch politische Prominenz fand sich am Infostand des dbb berlin ein. Begrüßt werden konnten u. a. der Regierende Bürgermeister Michael Müller, Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen und die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat. Die Vertreter/-innen der Fachgewerkschaften im dbb berlin nutzten den Besuch der Politikerinnen und Politiker zum direkten Austausch über ihre gewerkschaftlichen Forderungen und Aktivitäten. Deshalb waren neben den fleißigen Helferinnen und Helfern auch hochrangige Vorstandsmitglieder der Fachgewerkschaften vor Ort. So standen Cornelia Stemmler (Landesvorsitzende der gkl berlin), Ulf Melchert (stellvertretender Landesvorsitzender der DJG Berlin), Martina Riedel (stellvertretende Landesvorsitzende der DSTG Berlin), Torsten Jaehne (Regionalvorsitzender der DPVKOM), Thomas Goiny (Landesvorsitzender des BSBD Berlin) und Synnöve Nüchter (stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin und der gkl berlin) für Gespräche und auch Informationen aus erster Hand zur Verfügung.

„Wir haben auf diesem Fest die Möglichkeit, mehrere Hunderttausende Besucher über unsere Arbeit zu informieren und mit politischen Vertretern aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien in lockerer Atmosphäre zusammenzutreffen“, unterstrich Frank Becker die politische Bedeutung der Veranstaltung.

„Horst“ war auch dabei

Auch für die jüngsten Besucherinnen und Besucher lohnte sich der Weg zum dbb berlin nicht nur wegen der magentafarbenen Luftballons, sondern auch, weil die dbb jugend ihr Maskottchen „Horst“ zum Straßenfest geschickt hatte. Horst erwies sich denn auch als ausgesprochener Publikumsliebbling und bevorzugtes Hintergrundmotiv unzähliger Selfies an diesem Wochenende. ■



Fleißige Helfer



Besuch der stellvertretenden dbb Vorsitzenden Astrid Hollmann ...



... und Publikumsliebbling Horst.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif** Nr. 13, gültig ab 1. 10. 2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Rotes Rathaus Berlin. Foto: Friedhelm Windmüller. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Regionalverband Ost der DPVKOM zieht ein

Zusätzliche Kompetenz in der dbb Landes- geschäftsstelle

**Am 1. Juli 2016 hat die Kommunikations-
gewerkschaft DPV ihren Geschäftssitz
von der Großbeerenstraße in die Landes-
geschäftsstelle des dbb berlin nach Alt-
Moabit verlegt.**

Neben der gewerkschaft kommunaler landes-
dienst berlin (gkl berlin), dem Bund der Strafvoll-
zugsbediensteten – Landesverband Berlin (BSBD
Berlin) und dem dbb betreuungsverein berlin
e. V. ist damit schon die vierte Fachgewerkschaft
bzw. Einrichtung am Sitz des dbb berlin unterge-
bracht.

Direkt neben dem dbb berlin – sogar auf derselben
Etage – ist außerdem die DPoIG Berlin mit ihrer
Landesgeschäftsstelle zu finden.

„Ich freue mich über die Entscheidung der DPV-
KOM. Wird doch die Landesgeschäftsstelle des dbb
berlin so immer mehr zu einem Ort der Begeg-
nung. Hierzu trägt natürlich auch der Sitzungs-
raum bei, den alle Fachgewerkschaften des dbb
berlin – nach Verfügbarkeit – nutzen können. Ins-
besondere im letzten Jahr haben die ‚Buchungen‘
kontinuierlich zugenommen, und der dbb berlin
nutzt diese Gelegenheit regelmäßig zum Aus-
tausch mit den einzelnen Veranstaltern. So stelle

Trauer um Gerd Naß

Der dbb berlin trauert um
Gerd Naß, der am 1. Juli
2016 im Alter von 72 Jah-
ren nach schwerer Krank-
heit verstorben ist.



Gerd Naß hat seine Fachgewerkschaft, die
DPoIG Berlin, über lange Jahre im Landeshaupt-
vorstand, in der Rechtsschutzkommission und
in der Seniorenvertretung des dbb berlin vertre-
ten. Er hat sich stets sehr engagiert für die Be-
lange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Der dbb berlin wird dem Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren.

ich mir eine – an den Fachgewerkschaften orien-
tierte – gewerkschaftliche Kommunikation vor“,
freute sich der Landesvorsitzende des dbb berlin,
Frank Becker, über den Einzug der DPVKOM beim
dbb Dachverband.

„Auch wir freuen uns, dass wir unsere gewerk-
schaftliche Arbeit zukünftig aus dem ‚Haus‘ des
dbb berlin heraus gestalten können. Die dort vor-
handene Infrastruktur wird unsere Arbeit für die
Kolleginnen und Kollegen definitiv erleichtern. Ich
bin davon überzeugt, dass die modern und anspre-
chend ausgestattete Geschäftsstelle in Alt-Moabit
auch allen unseren Mitgliedern gefallen wird“, be-
wertet der amtierende Vorsitzende des Regional-
verbandes Ost der DPVKOM, Torsten Jaehne, den
Umzug. ■